

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung.

Leitung: Post. Bezugspreis: Monatsabonnement RM. 1,75 einschl. Frachtkosten, Wochen-
tarie 41. — Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche Redaktion,
Druck und Verlag Kurt Böcke, Bad Homburg v. d. H.

Anzeigenpreise: Die 6 gespalt. 43 mm breite Nonpareillezeile
15 S., auswärts 20 S., im Restamt 92 mm breit 50 S.
Einzelnnummer 15 S.

Homburger Lokalblatt.

Telefon 707.

Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstraße 26.

Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Nummer 41

Freitag, den 18. Februar 1927

2. Jahrgang

Neues vom Tage.

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete hat dem Plenum des Reichstages einen Antrag vorgelegt, in dem die Reichsregierung ersucht wird, Anordnungen zu treffen, daß Darlehen, die an Ausgewiesene des besetzten Gebietes aus Reichsmitteln gegeben wurden, niedergeschlagen werden, wenn der Schuldner über 65 Jahre alt und ein steuerfreies Einkommen hat.

Zur Behebung der Not der Kleintrentner hat die demokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, in dem die Reichsregierung ersucht wird, schnellstmöglich den Entwurf eines Kleintrentnerversorgungsgesetzes vorzulegen, das den verarmten Kleintrentnern einen Rechtsanspruch auf laufende Rente gibt.

Der „Vorwärts“ meldet aus Warschau: Das Organ der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei Polens, die „Kodzer Volkszeitung“, ist wegen Abbruchs eines Artikels des deutschen Abgeordneten Franz unter dem Titel „Was in Polen nicht alles konfiguriert wird!“ beschlagnahmt worden.

Havas meldet aus Madrid, eine amtliche Mitteilung kündige an, daß die Regierung angesichts der günstigen Lage in Marokko und aus Sparmaßnahmrücksichten beschloß, 24 Offiziere, 2311 Unteroffiziere und Mannschaften sowie zwei Flugzeuggeschwader aus Spanisch-Marokko in die Heimat zurückzuführen.

Die zwischen dem amerikanischen Oberkommissar und Vertretern der türkischen Regierung geführten Verhandlungen haben zu einem Uebereinkommen geführt, durch das die gegenwärtig bestehenden Handelsbeziehungen auf ein weiteres Jahr verlängert werden sollen. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei sollen sofort wieder aufgenommen werden.

Von Woche zu Woche.

Von Argus.

Am Reichstage hat der Kanzler Dr. Marx für den Innenminister v. Meudell, dem von den Linksparteien der Vorwurf der Doppelzüngigkeit gegen die Republik gemacht worden war, eine sehr bestimmte Unschuldserklärung abgegeben, die dieser Angelegenheit ein Ende machte. Der Minister v. Meudell erhielt dazu sein Vertrauensvotum und die Kabinettskrise ist damit erledigt. Die Volksvertretung hat sich dann eine mehrtägige Pause gegönnt, und nach deren Abschluß die Beratung des Mietergesetzes vorgenommen. In den Kommissionen haben die Spezialberatungen der einzelnen Gesetzentwürfe ihren Anfang genommen und die Arbeit erfolgt mit einem solchen Eifer, daß bis Ostern eine recht erfreuliche Aufarbeitung der vorhandenen Vorlagen zu erwarten ist. Der Ruhen der geschlossenen Mehrheit macht sich also schon bemerkbar und es ist zu hoffen, daß die parlamentarische Tätigkeit sich in diesem Stile fortentwickelt.

Bis auf den Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der seinen Erholungsurlaub in San Remo an der italienischen Riviera, wo Kaiser Friedrich mehrere Monate vor seinem Regierungsantritt im Winter 1888 verlebte, zubringt, sind alle Mitglieder des Kabinetts in Berlin versammelt, um die Erledigung der Reichstagsarbeiten nach Kräften zu fördern. Dr. Stresemann hatte für seine Reise damit gerechnet, nicht durch irgendwelche Zwischenfälle gestört zu werden, aber es ist damit doch nicht so glatt gegangen. Zwischen der Reichsregierung und der polnischen Regierung in Warschau ist es zu einem diplomatischen Konflikt gekommen, den die Polen schon halb und halb zu bereuen scheinen, der aber jetzt ohne Rücksicht ausgetragen werden muß. Bei den Kommunalwahlen in Ostpreußen haben die Polen im Herbst bekanntlich eine schwere Niederlage erlitten, für die sie sich in ihrem bekannten Deutschenhaß durch allerlei Chicanen rächen wollen. Zahlreiche Ausweisungen sind vorgenommen worden, die in der Abschiebung der vier Direktoren der Deutschen Kleinbahn-Aktiengesellschaft gipfelten. Die Reichsregierung hat darin eine grobe Verletzung des deutschen Niederlassungsrechtes auf polnischem Boden erblickt und, da dieses Recht einen wichtigen Teil des deutsch-polnischen Handelsvertrages bedeutet, die Verhandlungen über diesen Vertrag unterbrochen. Die Mitteilung über diesen Abbruch hat in Warschau wie eine Bombe eingeschlagen, und man bemüht sich nun einzulenken. Hoffentlich gibt die deutsche Regierung, die schon lange viel zu gutmütig gegen die Polen gewesen ist, nicht früher nach, als bis sie sich davon überzeugt hat, daß solche Dinge nicht wieder vorkommen. Die Polen haben ohnehin noch genug auf dem Herdholz, da sie bekanntlich die Abrüstung der deutschen Ostfestungen damit erwidert haben, daß sie Ausfallwerke gegen die deutsche Front errichteten, ein Verhalten, das sich nicht paßt. Die polnische Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland ist aus Berlin nach Warschau abgereist, hat indessen einen Brief an die deutsche Regierung zurückgelassen, in dem sie die Erwartung ausdrückt, daß die Verhandlungen später mit günstigerem Erfolge wieder aufgenommen werden könnten. Natürlich will Polen an der jetzigen Unterbrechung der Besprechungen keine Schuld haben. Das Hin- und Herreden nützt nichts, die Hauptsache ist, daß die Polen einsehen, daß sie Unrecht haben und dies durch Taten beweisen. Wir können uns nicht haken!

Der deutsche Votschaster von Doesch in Paris verhandelt angelegentlich mit dem französischen Außenminister Briand wegen der beschleunigten Räumung des Rheinlandes von den fremden Besatzungstruppen. Ob auch Dr. Stresemann vor dem Beginn der im März zu eröffnenden Frühlingstagung des Völkerbundes noch eine Konferenz mit seinem französischen Kollegen oder mit Mussolini haben wird, steht dahin, doch ist es wohl nicht ganz ausgeschlossen, daß sich eine Einigung unter vier Augen am leichtesten erzielen läßt. Die deutsche Regierung sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie auf Grund des § 431 des Versailler Vertrages die Freigabe des linken Rheinufers verlangen kann, nachdem sie ihren Entwaffnungsverpflichtungen entsprochen hat. Da die Votschasterkonferenz in ihrem Schlußwort die Abrüstung noch nicht vollständig gutgeheißen, vielmehr betont hat, daß einzelne Punkte noch zu erledigen seien, und auch die beschlossene teilweise Schleifung der Ostfestungen noch zu vollziehen wäre, so hat man sich nicht entschließen können, die Vollendung der Abrüstung zu erklären und wir dürfen demgemäß die Räumung des Rheinlandes noch nicht verlangen, sondern müssen weiter abwarten. Daß diese Sachlage angenehm ist, kann man nicht gerade sagen, aber es wird nichts anderes übrig bleiben, als Geduld zu üben. Im März werden die neuen Handelsvertragsverhandlungen in Paris stattfinden. Mehr als eine Verlängerung des jetzigen Provisoriums wird dabei nicht herauskommen. In Paris macht man die Verlängerung des Provisoriums noch davon abhängig, daß der deutsche Zoll auf französische Weine erheblich herabgesetzt wird, wozu in Berlin keine Neigung besteht.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Coolidge, hat mit seinem Vorschlag auf Abrüstung der internationalen Flotten der großen Seemächte kein Glück. Die französische Regierung lehnt mit höflichen Worten den Antrag des Präsidenten glatt ab und England, Japan und Italien tun etwas mehr verlaunisch desgleichen. Es handelt sich nun darum, welche Aktion der Präsident der nordamerikanischen Union unternehmen wird, denn daß er sich einfach brüskieren läßt, ist nicht recht zu glauben.

In China sind die Dinge noch nicht zur Entscheidung gelangt. In Schanghai sind englische Regimenter gelandet worden und es wird sich jetzt herausstellen, ob Ernst gemacht werden soll.

Das deutsch-französische Provisorium.

Der neue Vertragsabschluß.

In dem Protokoll, das von dem deutschen Votschaster v. Doesch und dem französischen Außenminister Briand in Paris unterzeichnet wurde, heißt es u. a. folgendermaßen:

Da die zwischen Deutschland und Frankreich am 5. August und 6. November 1926 abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen vor dem Zeitpunkt zum Ablauf kommen werden, an dem die Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zu einem Ergebnis gebracht werden könnten, haben die vertragschließenden Teile beschlossen, die provisorischen Abkommen bis zum 31. Mai 1927 zu verlängern. Für die Durchführung der verlängerten Abkommen wird bestimmt, daß die in den dem vorläufigen Handelsabkommen vom 5. August 1926 beigefügten Listen A und B und den der Vereinbarung vom gleichen Tage über den Warenantausch zwischen Deutschland und dem Saar-gebiet beigefügten Listen A und B aufgeführten Kontingente um 50 v. H. erhöht werden.

Desgleichen werden um 50 v. H. erhöht die Kontingente in der Vereinbarung vom 6. November 1926 über den Austausch von Erzeugnissen einiger deutscher und holländischer Industrien. Ungeachtet der Bestimmungen der vorhergehenden Artikel soll in dem Fall, daß nach einer beschleunigten Prüfung der Grundlagen des zukünftigen Handelsvertrages gewisse Änderungen, die die französische Regierung an dem augenblicklichen Zustand herbeiführen wünscht und nicht im gemeinsamen Einverständnis vor dem 21. März Berücksichtigung finden können, die französische Regierung an diesem Tage die verlängerten Abkommen kündigen können, mit der Wirkung, daß sie am 31. März ablaufen.

Deutschlands effektive Entwaffnung.

Eine Feststellung des Marshall's Hoch.

Der Generalsekretär der französischen Kammer beschloß, möglichst bald die Plenarberatungen über den Bericht Paul Boncour betreffend die Organisation der Nation im Kriegsfall und die Beratungen über den Bekämpfungsweg betreffend die Reorganisation des Heeres am 27. Februar zu beginnen. Darauf erstattete Marshall's Hoch Bericht über die Entwaffnung Deutschlands. Er nahm Bezug auf die Feststellung der Interalliierten Kontrollkommission und die Beratungen der Votschasterkonferenz sowie die von Deutschland über die Ostfestungen eingegangenen Verpflichtungen. Marshall's Hoch betonte, daß die deutsche Entwaffnung nunmehr effektiv sei, daß man aber für die Zukunft noch zu tun haben müsse.

Zu Köhlers Staatsrede.

Das Echo der Presse.

Sämtliche Blätter können nicht umhin, dem neuen Finanzminister Dr. Köhler wegen der großen Sachlichkeit seiner gestrigen Ausführungen im Reichstag über das Finanzprogramm ein gutes Zeugnis auszustellen. Einigkeit besteht allerdings nicht in der Frage, wie sich das Finanzprogramm Dr. Köhlers zu dem seines Vorgängers Dr. Reinhold verhält. Während die deutschen Nationalen Blätter von einem völligen Systemwechsel sprechen, ist die „Tägliche Rundschau“ der Ansicht, daß der neue Finanzminister im großen und ganzen den bisherigen Kurs weiter verfolgen zu wollen scheint.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Das Bild, das der Minister von der Wirtschaft- und Finanzlage des Reiches zeichnete, war das Urteil über die Illusionspolitik seines Vorgängers Dr. Reinhold, der das reiche Erbe von Schiebern vertan hat, ohne die erstrebten Ziele zu erreichen.

Ähnlich urteilt die „Deutsche Tageszeitung“: Wir können und nicht einsehen, daß jemals in der bisherigen Geschichte des neuen Deutschland ein neuer Minister so deutlich von seinem Vorgänger und dessen Methoden abgerückt wäre, wie gestern Dr. Köhler von Dr. Reinhold.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt: Ein nüchterner Berichterstatter erklärt, daß die finanzielle Lage auf des äußerste gespannt ist. Geschenke kann er also nicht mehr vergeben. Im Gegenteil, er muß einige finanzpolitische Rätsel aufgeben, die er noch nicht verraten kann.

In der „Börsenzeitung“ heißt es: Die Wirtschaft hat, nach dieser Rede zu urteilen, gewiß mit Dr. Köhlers Berufung keine Schlocht verloren.

Die „Germania“ betont: Dr. Köhler hat gezeigt, daß er sich bewußt ist, welche außerordentliche politische Bedeutung sein Ministerium besitzt, und er hat deshalb auch die ganzen Finanzprobleme mitten in den Kreis der aktuellen politischen Probleme hineingestellt.

Die „Vossische Zeitung“ kennzeichnet die Rede Dr. Köhlers mit dem Wort: „Gehlanzeige“. Sein Vorschlag zum Steuerabbau wird gemacht, kein präziser Vorschlag zum Abbau der Ausgaben, nichts über die Finanzierung von künftigen Gehaltsaufbesserungen der Beamten, nichts darüber, aus welchen Staatsmitteln man die notwendigen Entschädigungen für die Liquidationsgeschädigten decken will.

Der „Vorwärts“ erklärt: Die Programmarede des Reichsfinanzministers ließ deutlich erkennen, daß dieser neue Rosentanz des Reichskabinetts sich des Wertes und auch der Gefahr eines leichtgläubig und überzeugt geführten Opposition voll bewußt ist.

Hessens Besetzungsnöte.

Und die Nachwirkungen des Ruhrkrieges.

Eine halbamtliche Meldung aus Darmstadt macht darauf aufmerksam, daß am schwersten unter der unzureichenden Reichshilfe für das besetzte Gebiet der Volksstaat Hessen leidet.

Nach 40 Prozent seines Gebietes sind besetzt. Der Wohn- und Verwaltungsraum, der gerade in Hessen von dem französischen Besatzungsheer in Anspruch genommen wird, ist enorm, während im preußischen besetzten Gebiet nach der letzten Zählung auf 10 000 Einwohner 181, in der Pfalz 169 Besatzungsangehörige kommen, entfallen in Hessen auf 10 000 Einwohner 420 Angehörige des französisch-englischen Besatzungsheeres.

Schwer leidet auch heute noch die Wirtschaft Hessens unter den Nachwirkungen des Ruhrkrieges. Im Main-Kinzen am 1. Dezember 1926 auf 1000 Einwohner 47 nicht-angestellte Arbeitslose, während der Durchschnitt für die deutschen Großstädte 35 auf 1000 Einwohner beträgt. Geradezu tragisch ist noch immer die Lage Offenbachs. Während die deutschen Mittelstädte, zu denen Offenbach zählt, im Durchschnitt auf 1000 Einwohner 28 Arbeitslose aufweisen, entfallen in Offenbach am 1. Dezember 1926 rund 72 nicht-angestellte Arbeitslose auf 1000 Einwohner. Das sind Zahlen, die die Notwendigkeit ausreichender Reichshilfe für Hessen überzeugend dartun.

Politische Tagesschau.

Entscheidung des Zentralvorstandes des Evangelischen Bundes. Am 14. und 15. Februar 1927 war aus Anlaß der neuesten Vorgänge in der Leitung des Evangelischen Bundes und besonders des Rücktritts des ersten Präsidenten D. Doehring von seinem Posten der erweiterte Zentralvorstand des Evangelischen Bundes zusammengetreten. Es wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Der erweiterte Zentralvorstand des Evangelischen Bundes billigt uneingeschränkt das gesamte Verhalten des Präsidiums. Er betont mit allem Ernst, daß irgendwelche politischen oder kirchenpolitischen Absichten oder Rücksichten in der ganzen Frage keinerlei Rolle gespielt haben; er erklärt zugleich nachdrücklich, daß von irgendeiner Richtungsänderung im Evangelischen Bund oder von einer Umstellung in der Frage der konfessionellen Zugehörigkeit keine Rede sein kann.“

Letzte Nachrichten.

Polen und die Ausweisungsfraße.

Berlin, 17. Februar. Zu den polnischen Seiten bei der Abmahnung von Verhandlungen über die Ausweisungsfraße gemachten Ausführungen, in denen behauptet wird, daß die polnische Gesetzgebung liberaler sei als die deutsche, verweisen die Blätter auf Grund zuverlässiger Informationen auf die Tatsache, daß allein auf dem Generalkonsulat in Katowitz in einem Monat 150 Ausweisungen festgestellt wurden, darunter ein großer Teil Arbeiter. Im übrigen brauche die polnische Regierung nicht so aufgeföhrt zu werden, daß nicht doch vor weiteren Handelsvertragsverhandlungen die Ausweisungsfraße behandelt werden könnte.

Aus dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstags.

Berlin, 17. Februar. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags wählte, wie das R.D.Z.-Büro erfährt, an Stelle des am Reichstagsminister ernannten Abg. Bergt (Dntl.) den Abg. Wallraf (Dntl.) zu seinem Vorsitzenden. Sodann wurden die Gesetzentwürfe über den deutsch-niederländischen und den deutsch-dänischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag behandelt. Nachdem Staatssekretär Schubert und andere Vertreter des Auswärtigen Amtes zu den bisherigen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen eingehende Erläuterungen gegeben hatten, entspann sich eine ausführliche vermauliche Debatte darüber.

Preussischer Landtag.

Berlin, 17. Februar.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und schließt ohne Debatte eine Anzahl kleiner Vorlagen.

Dann wurde die zweite

Beratung der Gewerbesteuer

der 1907 fortgesetzt.

Finanzminister Dr. Hüpler-Mischow

Wah auf das kommende Reichsrahmengesetz hin und bittet, alle Anträge auf weitere Pauschalung aus der Steuer zurückzuführen, so auch die Anträge auf Abzug der Schulden und Schuldenzinsen.

Abg. Lange-Dittersbach (Str.) befragt, daß nach der gestrigen Rede des neuen Reichsfinanzministers nicht mit Sicherheit anzunehmen sei, daß der Finanzausgleich, auf den man immer verweist, bereits am 1. April 1928 kommen werde.

Abg. Becker (D. Sp.) erklärt, die Steuer mag früher als eine bei Grenzfällen des Gewerbes an die Gemeinden verfallen worden sein. Wie sie sich jetzt ausgewachsen hat, muß sie entschieden bekämpft werden.

Abg. Jacobshagen (Dntl.) empfiehlt die Abzugsfähigkeit der Schuldzinsen.

Abg. Hoyer (Dem.) teilt erneut für Willkürungen für die kleinen Lohngeverbetreibenden und Agenten ein.

Abg. Schön (Wirtsch. Ogn.) lehnt die Gewerbesteuer als Sondersteuer ab.

Die Beratung wird unterbrochen, um die Mitteilungen zum Wohlfahrtsrat vorzunehmen.

Anträge der Regierungsparteien über Vermehrung der Mittel zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs gehen an den Hauptausch. Annahme findet u. a. ein deutschnationaler Antrag, der zur Beseitigung der schweren, durch die Besatzung entstandenen Schäden der sozialkaritativen Anstalten des Rheinlandes ausweichende Staatsmittel fordert.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei, der ein Reichsgesetz über die Aushebung der ganzen Wohnungswirtschaftsbranche nebst Übergehungsbefristungen fordert, wird mit 175 gegen 172 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Arbeitervertreter des Bauerns angenommen.

Damit ist die zweite Beratung der Wohlfahrtsrat abgelehnt.

Vokales.

Gedenktafel für den 19. Februar.

1473 * Der Astronom Nikolaus Copernicus in Thorn († 1543) — 1731 * Frau Kat. Goethe, Goethes Mutter, in Frankfurt a. M. († 1808) — 1745 * Der Physiker Alexander Graf Volta in Como († 1827) — 1859 * Der Astronom und Physiker Spanie Archimedes in Uppsala — 1865 * Der Forschungsreisende Sven Hedin in Stockholm — 1904 * Der Oenograph Wilhelm Hennede in Hamburg (* 1879).

Der Sternkrug.

Kriminal-Novelle von Adolf Streckfuß.

Deutscher Provinz-Verlag, Berlin W. 66. 1926.

„Davon später, wir haben noch lange Tag. Jetzt aber schließen Sie los, Herr Braun, Sie haben mich mächtig neugierig gemacht.“

Herr Braun füllte sich wieder das geleerte Glas, dann legte er sich im Bewußtsein der Wichtigkeit seiner zu erwartenden Mitteilungen im Stuhl zurück, und nachdem er kurze Zeit überlegt hatte, begann er:

„Es sind gerade jetzt sechs Jahre, daß ich von M. hierher gekommen bin. Ich hatte keine Ahnung davon, was dies hier für eine nichtsnutzige gottvergeffene Gegend ist, sonst wäre ich kein wo anders hingegangen, denn mit guter Bedienung, gutem Wein und Bier und gutem Essen bei billigen Preisen findet ein ehrlicher Wirt, der das Geschäft versteht, überall sein Brot. Auch hier fehlt's mir nicht, ich kann nicht klagen, aber es ist doch schlimm, wenn man jeden Tag darauf geföhrt sein muß, Mord- und Raubgeschichten aus der nächsten Nähe zu hören.“

„Ich habe auch schon gehört, daß Ihre Gegend hier etwas verrufen sein soll. Ist es denn wirklich so schlimm?“

„Ob es schlimm ist? — Na, ich sollte denken! — Die große Heide, welche sich zwischen dem Sternkrug und Beutlingen hinzieht, heißt nicht umsonst die Diebheide und könnte noch viel richtiger die Mordheide heißen. Dort ist schon vor langen Jahren ein Sammelplatz von Spitzbuben jeder Art gewesen. — Ich will nichts davon sagen, daß die Bauern in den armen zerstreuten Dörfern sämtlich vielfach bestraft wurden und Holzdiebe sind, — das ist ja nicht so schlimm, wo doch sonst sind sie ein gar böses Gesindel. — Der Förster Scholz, den man, es ist jetzt gerade ein Jahr her, mit ganz zerstücktem Kopf tot aufgefunden hat, ist schon der zweite Förster, der seit meiner Zeit von dem Gesindel totgeschlagen wurde.“

„Daß der Senator Heiwald mit dem Gesindel zu tun hat?“

Aus aller Welt.

□ Unglücksfall. Der verheiratete Eisenbahngast Michael Sehlert aus Sulzbach, Vater von drei Kindern, wurde mit zertrümmertem Schädel auf dem Bahnsteig des Hauptbahnhofs in Aschaffenburg aufgefunden. Er starb beim Transport nach dem Krankenhaus. Wahrscheinlich wollte der Verunglückte mit einem vorbeifahrenden Güterzug nach dem Übernachtungslokal fahren. Ob er von dem Güterzug heruntergestürzt oder anderweitig verunglückt, ist noch nicht aufgeklärt.

□ Zunahme der Grippe-Erkrankungen in Mainz. Hier ist eine starke Zunahme der Grippe-Erkrankungen zu verzeichnen. Bei der hiesigen Ortskrankenkasse sind gegenwärtig 700 Grippe-Erkrankte gemeldet. Jeden Tag erhöht sich die Zahl beträchtlich. Verschiedentlich wurde die Zunahme von 120 Krankheitsfällen an einem Tage berichtet. Gegenwärtig sind bei der Ortskrankenkasse gegen 2000 Kranke aller Art gemeldet.

□ Jugentgleisung bei Weissenfels. Auf der Straße Halle-Weissenfels entgleisten am 16. d. M. die Waggonen des Reichsbahnverkehrs. Die Ursache der Entgleisung wurde die Hauptstrecke gesperrt. Einseitiger Betrieb wird voraussichtlich gegen 10 Uhr vormittags wieder aufgenommen. Die Personen- und Schnellzüge werden umgeleitet. Die Ursache der Entgleisung konnte noch nicht aufgeklärt werden. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

□ Verhaftung eines falschen Assessors. Auf Veranlassung eines Berliner Rechtsanwalts wurde der frühere Kellner Adm. Guth verhaftet, der als Assessor bei einer ganzen Reihe von Berliner Rechtsanwälten tätig war und sie vielfach vor Gericht vertrat, u. a. den in der Aktienbühnenaffäre beteiligten Dr. Ludwig Meyer und einen sehr bekannten Strafverteidiger. Guth trat in den laufenden Prozessen der betreffenden Anwälte auf und verstand die Fälle zwar nicht zu fördern, aber doch immerhin Vertagungen zu erreichen, so daß seine mangelnden juristischen Kenntnisse nicht allzu schnell auffielen.

□ Einbruch ins Ministerium des Innern. In das Geheimtamt, eine Zweigstelle des Ministeriums des Innern in Berlin, wurde nachts ein Einbruch verübt. Die Diebe hatten sich aber in der Etage des Geldschrankes geirrt und konnten durch das Loch nicht nach oben greifen, in dem sich die Einnahme der letzten Tage befand. Die Diebe erbeuteten nur einige Schachteln Zigaretten und etwa 15 Mark an barem Gelde.

□ Schweres Feuergefecht mit Einbrechern. Im Osten Berlins kam es zu einem schweren Feuergefecht zwischen Polizei und Einbrechern, die versucht hatten, in die Geschäftsräume der Anatolischen Handelsgesellschaft einzudringen. Ein Hausbewohner, der gegen 3 1/2 Uhr morgens ein verdächtiges Geräusch wahrnahm, alarmierte Polizei und Ueberfallkommando. Es kam zu einem Feuergefecht, bei dem im ganzen etwa 17 Schüsse gewechselt wurden. Ein Einbrecher wurde durch einen Brustschuß getötet, ein zweiter lebensgefährlich verletzt, die übrigen sind entkommen.

Kommersienrat Karl v. Opel †.

Frankfurt a. M., 17. Februar. Kommersienrat Karl von Opel ist im Alter von 57 Jahren nach kurzem Leiden gestorben.

Mit Karl v. Opel ist eine bekannte Persönlichkeit dahingegangen. Zusammen mit seiner Mutter und seinem Bruder Wilhelm führte er das Werk des Gründers Adam Opel in Rüsselsheim weiter, das bald einen bedeutenden Aufschwung nahm. Nicht lange dauerte es, bis der Name Opel im In- und Auslande bestens bekannt war.

In seinen jungen Jahren widmete sich Karl von Opel sehr eifrig dem Sport. Als Radrennfahrer konnte er verschiedentlich als Sieger hervortreten, aber auch um die Förderung des Radesports hat er sich sehr verdient gemacht. Im Automobilsport gehörte er zu den Gründern des Vereins Deutscher Motorfahrzeugindustrieller, aus dem später der Reichsverband wurde.

Karl v. Opel wurde am 31. August 1869 in Rüsselsheim geboren und siedelte bald nach seiner Verheiratung mit Helene Monsson nach Frankfurt über. An seiner Bahre trauern seine Frau und vier Kinder, von denen das älteste, Hans, im Automobilsport schon hervorgetreten ist.

„Wer kann das wissen? Auf den komme ich übrigens gleich. Gerade als ich hier vor sechs Jahren die Bahnhof-Restaurant einrichtete, war die Gegend in Aufruhr über eine Mordtat, welche allgemeines Entsetzen verbreitete. Ein reicher polnischer Viehhändler, namens Saworski, ein Jude, der in Beutlingen von dem Senator Heiwald eine große Geldsumme auf einen Wechsel eingezogen hatte, verschwand plötzlich. Er hatte seinen Wagen von Beutlingen nach dem Sternkrug vorausgeschickt, um das etwas von der Straße abseits liegende Gut Gromberg, wohin ein bei gutem Wetter kaum fahrbarer Weg führt, zu Fuß zu besuchen, weil er mit Herrn Karl von Heiwald noch ein Viehlieferungsgeschäft abschließen wollte. Seitdem hat man ihn nicht wiedergesehen.“

„Und Sie meinen, er sei ermordet worden?“ fragte Steinert, der mit dem gespanntesten Interesse der Erzählung des Herrn Braun lauschte.

„Dafür hat man unzweifelhafte Beweise. Die Geldtase und die Brieftasche des Polen hat man beide leer mit Blut besetzt unter einem Haselstrauch der Heide, nicht fern vom Gute Gromberg, unter Laub und Erde verpackt, gefunden. Als Saworski Beutlingen verließ, waren sie stark gefüllt. Der Wirt vom „Weißen Roß“, bei welchem der Pole gewohnt hatte, meint, in der Brieftasche müßten mindestens für 10 000 Taler Scheine gewesen sein, auch habe die Geldtase gewiß für 1000 Taler Geld enthalten. Sicher ist, daß Saworski in Beutlingen große Summen einliefert hat, vom Senator Heiwald allein 5000 Taler.“

„Sie sagten, die Geldtase und Brieftasche seien in der Nähe von Gromberg gefunden worden und das Gut gehöre dem Herrn von Heiwald. Wie kommt es, daß der eine der Brüder adelig ist und der andere nicht?“

„Darüber schweben verschiedene Gerüchte. Einer erzählt, der Senator habe wegen eines Jugendstreiches den Adel verloren und sei dann Kaufmann geworden; ein anderer, er habe den Adel niedergelegt, um Kaufmann zu werden. Jedenfalls nannte er sich einfach Heiwald, als er vor etwa zwanzig Jahren nach Beutlingen kam und dort die große Wollgarnspinnerei etablierte. Zwei Jahre später kam auch sein

Die aus New York gemeldet wird, veröffentlicht die dortige Bank of the Manhattan Company einen Bericht, der besagt, alle Kriegsschuldner Amerikas erhielten auf Grund des Dawes-Planes von Deutschland mehr als genug, um ihre Kriegsschulden bezahlen zu können. Frankreich und Italien könnten auch noch ihre Verpflichtungen gegenüber England erfüllen. Frankreich hätte mit den deutschen Zahlungen schon längst das Brönger-Abkommen unterzeichnen können; es erhielt von Deutschland von 1925 bis 1926 58 1/2 Millionen Dollar mehr und erhält im nächsten Jahre sogar 75 1/2 Millionen mehr, als es an Amerika und England zusammen abzuführen hat.

— Antifaschistische Bewegung in der Schweiz. Ein zentrales antifaschistisches Komitee, dem der Zentralvorstand des schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes, das Zentralkomitee der roten Hilfe der Schweiz, die Zentrale der kommunistischen Partei der Schweiz, das Gewerkschaftsamt Basel-Stadt und die lokalen antifaschistischen Komitees der Kantone Bern, Basel, Gené, Luzern, Schaffhausen, Solothurn, Tessin, Waadt und Zürich angehören, richtet an die Gewerkschaften, an die politischen Arbeiterparteien und an die Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen die Aufforderung, sich lokal und zentral zum Kampf gegen den Faschismus zusammenzuschließen.

— Amerikanische Verstärkungen für Nicaragua. Wie Havas aus Washington meldet, hat der Marineminister einem Flugzeuggeschwader, aus sechs Flugzeugen bestehend, die mit Maschinengewehren und einer Bombenwurfvorrichtung ausgerüstet sind, sowie einer Kompanie Marine-Infanterie Befehl gegeben, sich nach San Diego bei Corinto (Nicaragua) zu begeben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Februar.

Die allgemeine Aussprache zur ersten Lesung des Haushaltsplanes für 1927 in Verbindung mit dem vorläufigen Finanzausgleich wird fortgesetzt.

Abg. Neubauer (Komm.) bespricht die bisherige Finanzpolitik der Republik. Das erste halbe Duzend Finanzminister habe uns in die Inflation hineingemantelt. Herr Luther habe mit dem Kampf die Korruption großgezogen. Schließlich habe diese Politik fortgesetzt, und Reinhold sei der Vertrauensmann der Industrie gewesen. Die Kommunisten allein hätten Reinhold's Zienentungsschwindel sofort erkannt. (Präsident Lohde blüet den Redner, parlamentarisch zulässige Ausdrücke zu wählen.) Dr. Möller hat die Fortsetzung der Steuerentlastungen versprochen. Wie werden ihn beim Wort nehmen und die Abschaffung der Zundersteuer beantragen. Kein Ministerwechsel wird etwas am System der „Klientelgesellschaft Deutsche Republik zur Ausbeutung des Volkes“ ändern. Der Redner verlangt Streichung des Wehr-etats, der Polizei-Gehaltssubventionen und der Dawes-Kosten.

Abg. Reinhold (D. Sp.) führt aus, Deutschland sei finanzpolitisch an einem Wendepunkt angekommen. Die Geldwelle sei zurückgebrochen. Schon die letzte Anleihe sei eine Defizitanleihe gewesen. Die Aufbesserung aller Beamtengehälter müsse durchgeführt werden. Wenn der Dawes-Plan in den nächsten Jahren voll durchgeführt werden sollte, so würde die Finanzlage Deutschlands ganz bedenklich werden. Eine weitere Erhöhung der gesamten deutschen Steuerlast sei unmöglich, vielmehr sei eine weitere Milderung unbedingt notwendig. Beim Wehretat werden sich kaum wesentliche Erparnisse machen lassen. Fühbare Einsparungen werden sich nur bei den Ländern und Gemeinden machen lassen. Es geht nicht länger an, daß auf Kosten der Gesamtheit der Reichsbürger die Sonderstaatlichkeit einzelner Länder künstlich aufrecht erhalten wird. Wir verlangen deshalb die Aufhebung des § 35 des Finanzausgleichs, der das Reich verpflichtet, Länder mit verhältnismäßig geringem Steueraufkommen durch Sonderzuschüsse zu unterstützen.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) fordert größte Sparantheit und Streichung sämtlicher Kosten für Kanalbauten. Damit könne man 800 Millionen ersparen. Vor Deutschland steht das große Geschäft der Reparationen. Mit der Gesetzesmacherei müsse man aufhören.

Dann wird der Haushaltsplan dem Hauptausch. überwiesen und das Haus verläßt sich auf Freitag.

Bruder in die Gegend und kaufte Gromberg. Viel Geld aber hatten beide Brüder nicht, sie wurden unauffällig durch Gläubiger gedrängt. War das eine Loch verstopft, so ging das andere auf; so ist mir wenigstens von den Nachbarn erzählt worden, denn ich selbst kenne sie ja erst seit sechs Jahren, und damals ging es ihnen, wenn auch noch nicht so gut wie heute, doch schon weit besser. Von dem Verschwinden des Polen an bemerkte man, daß beide Brüder ihre Zahlungen auf das pünktlichste leisteten. Sie kamen wohl hier und da wieder in Geldverlegenheit, aber einer half dem anderen aus, das machte schon damals großes Aufsehen und viel Gerede in Beutlingen.“

„Dabei denn die Gerichte keine Schritte getan, um dem Schicksal des unglücklichen Polen nachzuforschen?“

„Freilich. Man hat lange untersucht, dicke Akten vollgeschrieben und nichts gefunden. Herr Karl von Heiwald wußte von der ganzen Sache nichts, er war an jenem Tage gar nicht zu Hause, sondern auf der Jagd, sobald er den Polen, der vergeblich nach ihm gefragt hatte, nicht zu Gesicht bekommen hat. Von Gromberg aus war jede Spur Saworskis verloren. Die Gerichte fanden nichts, und die Akten wurden geschlossen; aber die Gerichte blieben und sie wurden verhärtet, als ein paar Jahre darauf der schändliche Postraub kam.“

„Von dem habe ich gehört, aber nichts Genaueres. Bitte, erzählen Sie.“

„Gern. Die Sache kenne ich genau, denn der arme Teufel von Postillon hat ein Vierteljahr krank bei mir gelegen und ist von meiner Frau treu gepflegt worden; er ist entfernt verwandt mit uns, deshalb haben wir ihn hergenommen. Es war vor drei Jahren, etwa um die jetzige Zeit, als der Herr Senator Heiwald gerade auf der Stelle, wo Sie jetzt sitzen, saß. Er hatte sich eine Flasche Wein geben lassen und dem Kondukteur auch ein Glas eingeschenkt. Er war von einer Geschäftsreise aus M. gekommen und wollte mit der Post nach Beutlingen. Der Kondukteur wartete nur noch auf den Zug von B., der eben herankam. — Verzeihen Sie einen Augenblick, ich muß nur eben einmal nach der Ordnung sehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Vorberatung für Samstag, den 19. Februar:
Reist leicht, teilweise heiter, ganz vereinzelt leichte Niederschläge.

Keine Pinausschiebung des Vermögenssteuerzahlungstermins. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag hatte der Reichsminister der Finanzen in einer vom Reichsverband der Deutschen Industrie mitunterzeichneten Eingabe um Pinausschiebung des Vermögenssteuerzahlungstermins bis 1. oder 15. März gebeten. Jetzt ist daraufhin folgende Antwort des Reichsfinanzministeriums eingegangen: „Auf das Schreiben vom 28. Januar 1927 teile ich ergebenst mit, daß ich den Antrag, den Vermögenssteuerzahlungstermin vom 15. Februar bis 1. oder 15. März 1927 hinauszuschieben, nicht zu entsprechen vermag. Es handelt sich hierbei um einen gesetzlich vorgeschriebenen Zahlungstermin, dessen Pinausschiebung im Verwaltungswege nicht möglich ist. Im übrigen darf ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß nach Artikel V § 23 des Gesetzes über Steuerermäßigungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage vom 31. März 1926 (Reichsgesetzblatt I S. 185) für 1926 eine Vermögenssteuernachzahlung zu erheben ist, sofern die Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1926 weniger als 40 Rm. beträgt. Bei dem bisherigen Aufkommen an Vermögenssteuer erscheint es äußerst zweifelhaft, ob der Betrag von 400 Millionen Rm. erreicht werden wird.“

Aufwertung öffentlicher Versicherungen. Das preussische Staatsministerium hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Aufwertung von Versicherungsaufträgen gegen öffentliche Feuerversicherungsanstalten eingebracht. Der Entwurf dient zur Ergänzung der Verordnung, die die Reichsregierung am 22. Mai 1926 erlassen hat. Durch diese Verordnung wurden nur die Ansprüche gegen privatrechtliche Versicherungsgesellschaften geregelt. Hinsichtlich der Ansprüche gegen öffentliche Versicherungsanstalten wurden da gegen Vorbehalte für das Landesrecht gemacht, je nachdem ob es sich um Ansprüche handelte, die auf freiwilliger oder auf Zwangsversicherung beruhten.

Was muß der Arbeiter und Angestellte von der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge wissen?

Die durch den Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises Bad Homburg veranlassete Aufklärung der Erwerbslosen- und Krisenfürsorgeempfänger am Dienstag, den 15. d. M. nachm. 3 Uhr im Stadtparordnenungssaal war überaus stark besucht. Nach den Einleitungsworten des Verwaltungsausschussesmitgliedes Herrn Heubel, behandelte der Geschäftsführer des öffentlichen Arbeitsnachweises, Herr Koeber, das Thema: „Was muß der Arbeiter und Angestellte von der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge wissen.“ Ausgehend von der Zergliederung der genannten Unterstützung, die neben der unterstützenden die produktive Erwerbslosenfürsorge vorstellt, gab der Redner die verschiedenen Unterstützungsarten, belegt mit deren Inkraftsetzung, bekannt. Im Vordergrund steht hiernach: a) die Erwerbslosenfürsorge vom 16. 2. 1924; b) Kurzarbeiterunterstützung vom 20. 2. 1926; c) Krisenfürsorge nach dem Gesetz vom 19. 11. 1926. Die produktive Erwerbslosenfürsorge bilden a) die Notstandsmassnahmen (Notstandsarbeit) nach den Bestimmungen vom 30. 4. 1925; b) die Fortbildung jugendlicher und unter 21 Jahren allen Unterstützungsempfänger nach der Verordnung vom 23. 4. 1926. Insbesondere streifte der Redner hierbei die vielfach verkannte soziale Einrichtung und betonte, daß ein Anrecht auf Erwerbslosenfürsorge nicht besteht. Obwohl vielfach angenommen wird, daß durch die Beitragsleistung zur Erwerbslosenunterstützung (Verordnung vom 15. 10. 23) ein Anspruch berechtigt sei, hilft dies nach der Auslegung der Erwerbslosenfürsorgeverordnung nicht zu. Die Neuerungen in der Erwerbslosenfürsorge, die durch Verordnung des Herrn Reichsarbeitsministers vom 27. 10. 1926 und vom 8. 11. 1926, desgleichen vom 21. 11. 1926 weisen eine wesentliche Veränderung auf, die allen Unterstützungsempfängern Erleichterungen brachten. Ganz besonders aufmerksam wurden die Worte über die Ergänzung der Ausführungsvorschriften zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 22. 1. 1927 aufgenommen. Zur besonderen Aufklärung der nunmehr geltenden Bedürftigkeit im § 7 gab der Redner an Hand der nachstehend aufgeführten Beispiele Aufklärung und betonte, daß hiermit der bisherigen wohlwollenden Prüfung des Unterstützungsantrags eine rechnerische Geschlossenheit Platz gemacht habe.

Beispiel zur Errechnung des Unterstützungsbeitrages Ergänzungsvorschriften der Ausführungsvorschriften zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 22. 1. 27.

Ortsliste n., Wirtschaftsgebiet 3.

Zerlegung des Ortslohnes			
männliche Personen über 21 Jahren	4.—	„	„
weibliche Personen über 21 Jahren	2.80	„	„
männliche Personen von 16—21 Jahren	3.40	„	„
weibliche Personen von 16—21 Jahren	2.40	„	„
männliche Personen unter 16 Jahren	2.—	„	„
weibliche Personen unter 16 Jahren	1.70	„	„

Alleinstehende Antragsteller unter 21 Jahre alt:			
Einkommen Rente	„ 16.—	errechn. Verdienst	20.40 „
für Unterstüßung	„ 8.70		
zusammen	„ 24.70		20.40 „

Alleinstehende Antragsteller über 21 Jahre alt:			
Einkommen Rente	„ 5.—	errechn. Verdienst	24.—
für Unterstüßung	„ 13.20		
zusammen	„ 18.20		24.—

übersteigt somit nicht den Arbeitslohn, daher volle Erwerbslosenunterstützung.			
Antragsteller als Ehemann ohne Einkommen:			
für Erwerbslosenunterstützung	„ 11.46	errechn. Verdienst	
Ehefrau	„ 3.60		
2 Kinder	„ 5.04		18.48

zusammen	„ 2.00	„ 24.—
Sohn über 21 Jahre	„ 35.—	„ 24.—
Tochter 17 Jahre	„ 15.—	„ 14.40
zusammen	„ 70.10	„ 80.88

übersteigt somit nicht den Arbeitslohn, daher volle Erwerbslosenunterstützung.

Antragsteller als Sohn über 21 Jahre:

errechn. Verdienst			
Vater	„ 34.—	„ 24.—	
Mutter	„ —.—	„ —.—	
Bruder nicht zu berechnen			
Schwester nicht zu berechnen			
Großmutter	„ 10.—	„ 10.—	
Antragsteller	„ 11.46	„ 24.—	

zusammen	„ 65.46	„ 58.—
mithin M. 11.46 Erwerbslosenunterstützung		
abzögl. M. 7.46 Verdienstüberschuß		

somit M. 4.— pro Woche unterst. oder Tag M. 0.66.

Vater, Antragsteller.			
errechn. Verdienst			
Einkommen aus Hausbesitz	„ 3.—		
Landwirtschaft	„ 4.—		
Unterstützung	„ 11.46	„ 24.—	
Ehefrau	„ 3.60		
3 Kinder	„ 7.56	„ 22.32	
Tochter	„ 6.—	„ 6.—	

zusammen	„ 35.62	„ 52.32
übersteigt somit nicht den Arbeitslohn, daher volle Erwerbslosenunterstützung.		

Zu Vervollkommen des Bildes von dem zusammenhängenden Gebilde der Erwerbslosenfürsorge streifte der Redner ganz besonders die §§ 4, 5, 7, 9, 13, 18, 20—26 der Reichsverordnung und führte an Hand von Beispielen die Vorbedingungen zur Erwerbslosenfürsorge an. Demzufolge ist erst eine 13wöchentliche Krankenkassenpflichtversicherung nicht allein maßgebend, sondern zugleich eine 13wöchentliche Arbeitsleistung, die nach der R. V. krankenkassenpflichtig ist, vorausgehen muß. Ferner behandelte der Referent jeden einzelnen Unterstüßungszwang und gab über die Krisenunterstützung, Kurzarbeiter und Notstandsarbeiten Aufklärung. Ganz besonders kam die sogenannte Schwarzarbeit, die nicht nur vielfach neue Arbeitsangelegenheiten brach legt, Handwerk und Gewerbe schwer schädigt, sondern auch infolge der Verheimlichung des hiervon erzielten Verdienstes neben der Erwerbslosenunterstützung Strafverfolgung wegen Betrugs noch zu gewärtigen hat zur Sprache.

Fluchspielhaus. Heute, den 19. Februar, das neue Programm mit dem Marinfilm (6 Akte) „Die letzte Schlacht des Kapitän Frank“, außerdem das lustige Beiprogramm und die neueste Wochenschau.

Bestandene Meisterprüfung. Am 27. Dezember bestand Herr Schneidermeister Val. Nach die Meisterprüfung und am gestrigen Tage vor der Prüfungskommission. Im Bauwesen haben die Herren Zimmerer Valentin Nach aus Bad Homburg, Airdorf, Zimmerer und Baulehner Heinrich Haller, sowie Maurer und Baulehner August Wehrheim, beide aus Bad Homburg ihre Prüfung als Zimmer- bzw. Maurermeister abgelegt.

n/ **Ein kleiner Unfall** ereignete sich heute mittag gegen 12 30 Uhr an der Ecke Schwedenpfad-Viktoriaweg. Eine Einpännerkutsche mit 4 Herren besetzt kam vom Viktoriaweg in leichten Trapp um die Ecke, des dort in sehr schlechtem Zustande befindlichen Weges, geriet in ein Loch und stürzte um. Zu allem Glück wurde niemand ernstlich verletzt. Nur das Pferd, welches sich in großer Aufregung befand, maulte an beiden Beinen schwer blutend vom Platze geführt werden.

Kurh, ushealer. Gestern wurde als Gastspiel des Hanauer Stadt-Theaters das Lustspiel „Die Durchgängerin“ von Ludw. Fulda, in Szene gesetzt von Dr. Alb. Wiesener gegeben.

Der Vorgang der Handlung ist folgender: Isebill, die einzige Tochter eines höheren Beamten gibt sich durch ihren jugendlichen, grenzenlosen Uebermut den Anschein einer Durchgängerin. Sie läßt die tollsten Streiche aus, ohne sich deren Tragweite recht bewußt zu sein. Infolge ihrer strengen Erziehung ist ihr Grundgedanke ständig: Freiheit, goldene Freiheit, wie erringe ich dich? Ihre Stiefmutter, die hinter dem Rücken ihres Mannes einen Liebhaber hat, möchte sich den beobachtenden Blicken ihrer Tochter entziehen und sucht eine Gelegenheit, leiherte möglichst für immer aus dem Hause zu entfernen, was ihr auch bald gelingt, als sie wieder einen Streich angerichtet hatte. Die Frau erreicht es, daß die Tochter in eine Zwangserziehungsanstalt gebracht wird. Bei einem Gespräch betr. Heirat des Vaters Engelbert, welchen Isebill heiraten soll, der ein mustergültiger Mann sei, etc. springt Isebill plötzlich aus ihrem Versteck, dem Kleiderstank des Wohnzimmers hervor und berichtet alles gehört zu haben. Natürlich folgt wieder eine Abreihung.

Kurzum, Isebill entzieht sich der Zwangsheirat, indem sie absichtlich ein schlechtes Licht auf sich wirft, in Bezug auf Herrenbesuch pp. und kommt nun tatsächlich in eine Zwangserziehungsanstalt. Hier verfehlt ihr Uebermut bei den anderen Zöglingen nicht seine Wirkung und auf ganz listige Art gelingt es der Isebill, den früher zum Schein in die elterliche Wohnung mitgebrachten jungen Mann zu benachrichtigen, wo sie sei. Dieser kommt auf findige Art und Weise als Monteur in die Anstalt, in der er Isebill findet und ihr zur Flucht verhilft. Von dem Besuch der Eltern überrascht, wird sie endgültig verlobt und siedelt mit dem ihr ausgestellten Reisepaß mitsamt ihrem Jugendbekannten nach Amerika über. Dort arbeiten sich die beiden empor und kommen nach 4 Jahren als gemachte Leute wieder in das elterliche Haus, wo endlich nach einigen kleinen Debatten, der Frieden hergestellt und beiderseits vergeben wird.

Das Lustspiel wurde flott gespielt und jeder versuchte nach bestem Können seine Rolle zur Zufriedenheit auszuführen. Frä. Eva Erlin gab die Nachsichtrolle glänzend wieder und verdient volle Anerkennung wahre Nachsicht rollen riefen ihre Einfälle hervor. Erich Hargheim als Oberreg. hat wirkte anfangs durch da; zu hastige Sprechen zu nervös, machte aber im Laufe des Spieles den Fehler wieder gut. Sein Neffe Engelbert wirkte teilweise etwas linksch. Seine Frau dagegen brachte ihre Eifersucht gut zum Ausdruck. Das Theater war gut besucht.

Evangelische Erlöserkirche.

Freitag abend 8 Uhr Versammlung des Helferkreises im Kirchen-saal 1 der Erlöserkirche.

Gottesdienst in der Israelitischen Gemeinde.

Samstag, den 19. Februar 1927.
Vorabend 5.30 morgens 9, nachmittags 4, Sabattende 6.35
Werktags morgens 7 abends 5 Uhr.



Das Überangebot
an neuen Cigarettenmarken erschwert
dem Raucher die Wahl. Richtig wählt,
wer zu altbekannten guten Marken
greift.

SLEIPNER 5Pf

ist mild und doch nicht fade,
vollaromatisch und doch leicht
Sie ist altbewährt.

A BATSCHARI



FABRIKAC

Große Nachlaß- Versteigerung

erstklassiger Möbel aus herrschaftlichem Besitz. **Montag, 21. Febr. 1927, vorm. 10 Uhr und nachm. 2 Uhr**, versteigere ich in geöff. Auftrage des Nachlassverwalters des verstorbenen **Kaufmanns A. M.** aus Frankfurt am Main in sämtlichen Sälen „**Zur Goldenen Rose**“ zu Bad Somburg, eine Anzahl recht gediegener Mobiliar- und Gebrauchsgegenstände aller Art gegen gleich bare Zahlung.

Speisezimmer (dunkel Eiche) besteh. aus prachtvollem Büffel, Credenz, schwer, Roussway Auszugstisch für 12 Personen, 6 Ledersesseln, Sopha mit Umbau.

Herrenzimmer (geräuch. Eiche) 3-teil. großer Bücherschrank, Schreibtisch mit Aufsatz runder Tisch, 2 Stühle, Clubstuhl Leder.

Compl. Schlafzimmer (in Mahagoni m. Inlarsien) hochmodern 2 Betten mit echten Korb-Matratzen 3-teilig, prima Daunendecken und Kopfkissen und prachtvolle Lillbede, 3-teil. Spiegelschrank, Waschkomode mit weißer Marmorplatte und mod. Spiegelaufsatz, desgl. 2 Nachtschränken Marmor, 2 Stühle, Handtuchhalter und 2 Bettvorlagen.

Fremdenzimmer 2 Betten, 2-tür. Kleiderschrank, Waschkomode m. Marmorplatte u. Spiegel, 2 Nachtschränken mit Marmorplatte, 2 Stühle. (419)

Küche compl.

Einzel-Möbel Versch. Betten teils m. Federzeug, Bücherschrank (Biedermeier), Bücherschrank m. Bleiverglas., pol. 1 u. 2-tür. Kleiderschränke, 2-tür. gr. weiß. Kleiderschr., 1 Zierschrank, 1 Chaiselong m. Decke, 1 Schlafdivan, Tische, Stühle, Waschkomode, Spiegel, Trümm.-Spiegel mit Console, Teppiche, Brücken, Käser, Vorlagen, Linoleumvorlag., Nähtisch pol., 1 Regulatoruhr, 1 Pfeilerschrankchen m. Sp. Nachtschränken, Plurgarderobe, Ständer m. Palme, sehr hübsche Gemälde und andere Bilder, Bauernstücke, elektr. Luster, Zucklampen, prachto. Standb. (Hindenburg) in schw. Goldrahmen, eine große Parl. Vorhänge, Übervorhänge Tür-Bordieren, 2 Eisschränke, 1 Blumentisch, 1 Damenschreibtisch, Kleiderschrank, 1 Rauchtisch m. Messingplatte, Küchenschranke, 1 Rolle Packpapier, 1 Sakkharren, 1 Ausstellkasten, Tischdecken, Pannbretter, 1 Strohleiter, pol. Comoden, 1 Koperpr., 1 Handnähsch., Nippes u. Aufstell., Vasen etc., Haus- u. Kücheng. aller Art, Herrenkl., Tisch- u. Bettwäsche u. vieles Ungenannte. Ferner aus anderem Auftrage 1 Vadenheke und 2 Regale.

Karl Knapp

beeidigter Taxator und Auktionator, öffentlich angestellter Ver-
käuferstr. 811 steigerer für den Oberlausitzkreis Fernruf 1067

Befichtigung Sonntag, den 20. Februar, von 2 — 6 Uhr nachmittags.
Übernahme von Versteigerungen gegen sofortige Abrechnung. Taxationen
aller Art zu coulantem Bedingungen.

Gesangverein „Concordia“



Achtung! Achtung!

Am Sonntag, den 20. Februar findet
unser

Maskenball

in den Schützenhörsälen statt.

Große Jazz-Kapelle

Ueberraschungen aller Art

Freie Getränke nach Wahl

Eintritt 1.50 Mk. inkl. Steuer.

Tanzen frei.

Bogelsberger
Landwille
Trinkheller
Wildu. Geflügel
Itels frisch vorrätig
W. Feld, Tel. 58
Markllauben

Fr. A. Zeuner

Maschinenstrickerei

Haingasse 3

Telefon 726

Strick- und Wollwaren

Kurz- und Weißwaren

414)

Pianos

vom
wohlfeilen 420
bis

zum Weltfabrikat

Langjährige

Garantie

Zahlungs-

erleichterung

durch unser

2 Jahr.-System

Franko Lieferung

Katalog kostenlos!

Pianohaus
Vichtenstein

Frankfurt a. M.

Seil 104

(63 Jahre führend)

Achtung!

Achtung!



Wo

kaufe ich am
billigsten??

im Töpferweg Nr. 1

Prima Pferdeschleif	p. Pfd.	—20 Mk.
" ohne Beilage	p. Pfd.	—30 Mk.
" Ruchfleisch	p. Pfd.	—30 Mk.
" Fleischwurst	" "	—90 "
" Bierwurst	" "	—90 "
" Cervelatwurst	407	—90 "
" Schinkenwurst	" "	—90 "
" Prehkopf	" "	—90 "
" Rauchfleisch	" "	—70 "
" Würstchen	pro Stück	—10 "

Die Wurstwaren sind mit dem besten deutsch. Schweine-
fleisch verarbeitet und haben kein Wasser noch Mehl-
gehalt.

Edhardt Sardi :: Pferdeschlächtere
nur Töpferweg Nr. 1 nur

Konditorei und Café Rothschild
Kappen - Abend

am Sonntag abend von 8 Uhr ab
unter Leitung des bekannten
Frankfurter Humoristen

KUNO SCHLEGELMILCH

vom Schumann-Operettentheater Ffm.

Es ladet freundlichst ein

Leo Rothschild.

Verantwortlich für den politischen, Handels- und so-
zialen Teil Kurt Löffke, für Inserate Christof Dicken-
scheid beide in Hamburg.

Heute Freitag nachm. und Samstag

Echte Thür. Rostbratwürste

à Stück 1/2 Pfd. schwer 0.50 Mk.

Schweinefleisch Dickbein

Haspel per Pfd. 1 Mk. 421

Thüringer

Wurst- und Fleischwarenhaus

Audenstrasse 5 J. Bilz Telefon 289

Masken-Kostüme

zu verleihen:

1 Pirelle (295)

1 Carneval-Prinzessin

2 Bäuerinnen-Trachten

1 Herren-Domino

Elisabethenstrasse 41 II

Union-Brikett

Kohlen, Kohs u. Holz

Groß- u. Kleinverkauf

Rudolf Quener

Lager: Neue Mauerstr. 13

Thüringer

Wurst- und Fleischwaren

Leberwurst	p. Pfd.	1.20 Mk.
Blutwurst	" "	1.20 "
Anadwurst	" "	2. — "
Mettwurst	" "	2. — "
Bierwurst	" "	2.20 "
Hildesheimer Leberwurst	" "	2.40 "
Teewurst	" "	2.40 "
Blodwurst	" "	1.60 "
Salami	" "	2.40 "
Cervelatwurst	" "	2.40 "
Bauchspeck, ger.	" "	1.70 "
Schweinsköpfe	" "	0.90 "
Nacken	" "	2.60 "
Kasseler Rippensteck	" "	2. — "
Ruß-Schinken	" "	2.40 "
Schinken, gekocht	" "	2.60 "
Kleinsolber	" "	0.50 "

Eier garantiert frisch 10 Stück 1.55 und 1.75 Mk.

M. Kann — Haingasse 17.

Lebensmittelgeschäft Telefon 346

Ph. Sennelaub, Frankfurt a. M.

gegründet 1862.

nur Kleiner Störmarkt 5. nur

gegründet 1862.

Altestes und größtes Spezial-Geschäft am Plage für sämtlichen

Vereins- und Carnevals-Bedarf

Größte Auswahl, billigste Preise. Preisliste gratis und franko.

(261)

Telefon Hanja 6398.

En gross Versand.

Telefon Hanja 6398.



Johann Heinrich Pestalozzi
Volkswirtschaft.

Wie das Gesetz die Zündholzindustrie.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat das Reichskabinett in diesen Tagen einen Gesetzentwurf verabschiedet, der von großer Bedeutung für die ganze deutsche Zündholzindustrie ist. Der Entwurf wird alsbald dem Reichsrat zugehen. Nach diesem Gesetz wird die Errichtung neuer Zündholzfabriken verboten, bezw. von der Genehmigung des Reichswirtschaftsministers abhängig gemacht. Die Notwendigkeit hat sich aus der Tatsache ergeben, daß der schwedisch-amerikanische Zündholztrust im Laufe der letzten Jahre so stark in die deutsche Industrie eingedrungen ist, daß er sie zu fast 70 Prozent von sich abhängig gemacht hat. Nachdem im Reichstag vor längerer Zeit einmal gefragt worden ist, was die Regierung gegen eine weitere Ueberfremdung zu tun gedenke, haben Verhandlungen mit der schwedisch-amerikanischen und der deutschen Zündholzindustrie stattgefunden, mit dem Ergebnis, daß eine Verkaufsgesellschaft gegründet wurde, in der beide Gruppen zu je 50 Prozent vertreten sind. Die Führung in der Gesellschaft liegt, zumal auch die Reichskreditgesellschaft mit dahinter steht, beim Reich, das sich u. a. sowohl ein Vetorecht gegen Preiserhöhungen als auch das Recht zu Preisherabsetzungen vorbehielt. Auch mit den Konsumgenossenschaften ist eine Verständigung erzielt worden.

Was die Frankfurter Messe bringen wird.

Anlässlich einer Besprechung gab die Frankfurter Messeleitung einen Ueberblick, was die Frankfurter Frühjahrsmesse vom 27. März bis 10. April 1927 bringen wird. In einem kurzen Referat wandte sich die Messeleitung gegen eine Aussetzung größerer Stills wegen den allzu hohen Kosten. Die Aussichten für die Frühjahrsmesse sind nach den Ausführungen des Direktors Modlinger etwas günstiger. Man erwartet sogar einen erhöhten Ausstellerbestand. Besonders dürfte wieder

die Textilmesse

gut abschneiden. Das Haus der Moden ist vollkommen besetzt und wird eine Reihe von Industrieprodukten als Aussteller haben. Fest zugesagt ist bereits eine Kollektivausstellung der deutschen Samt- und Blüschfabrikanten. Dann wird wahrscheinlich eine Ausstellung der Tuch- und Wollwarenfabrikanten sowie von Damenschuhen und der Kunstseidenindustrie kommen. In der Textilabteilung wird man wieder das Ausland antreffen, besonders die Lyoner Seidenweberei und die Pariser Konfektion. Neu ist eine Ausstellung französischer Puppen. Zu unterstreichen ist demnach in der Textilabteilung die Ausstellung nach der modischen Seite hin.

Die Möbelmesse

hat nach den bisherigen Anmeldungen bereits Aussichten, die letzte Herbstmesse zu übertreffen. Weniger günstig ist die Lage der Schuh- und Ledermesse, da das bekannte Abkommen der Schuh- und Schäftefabrikanten, die Frankfurter Messe nicht zu besuchen, naturgemäß sehr ungünstig empfunden wird. Doch auch hier hofft man noch einige Milderungen. Jedenfalls hat der Schuh-Großhandel bis jetzt an der Frankfurter Messe festgehalten.

Das Haus Offenbach wird in der gewohnten Weise wieder Galanterie- und Lederwaren sowie die Spielwarenbranche beherbergen. Hier soll durch eine Aktion eine neue Reihe von Besuchern gewonnen werden.

Die Abteilung Haushalt wird wie im Herbst wieder ungünstig beurteilt. Auch die Technische Messe wird für Frankfurt immer weniger und schließlich als im Aussterben empfunden.

Kunst und Wissenschaft.

Das deutsche Operngastspiel in Spanien.

Der gänzliche Erfolg des deutschen Opernjambles bei den drei „Wallüre“-Auführungen im Zarzuela-Theater in Madrid wurde durch die Aufnahme der „Tristan“-Auführungen noch übertroffen. Die Begeisterung des Publikums bei der ersten Aufführung von Wagners Meisterwerk steigerte sich bei der zweiten Vorstellung und gab den Künstlern Gelegenheit, die Leistungen noch reiner und harmonischer in Erscheinung treten zu lassen. Eugen Szenkar vom Kölner Stadttheater ist als Dirigent unübertrefflich. Die gesamte Presse drückt einmütig ihre höchste Anerkennung aus. Infantin Isabella, die Tante des Königs, die der ersten „Tristan“-Aufführung beizuwohnte, lud die Künstler zu einem Empfang in ihrem Palais ein. Das Wohlwollenskonzert in Anwesenheit der königlichen Familie, aller Kabinettsmitglieder und zahlreicher Vertreter des Hofes und der ersten Gesellschaft gestaltete sich für Szenkar, der Beethovens Leonoren-Overtüre zu Wagners Meistersinger dirigierte, zu einem neuen Triumph.

Ernstes und Heiteres.

Das platinreichste Land.

Vor dem Kriege galt Rußland als das platinreichste Land der Erde. Der Umschwung der Verhältnisse hat aber die Ausbeutung der russischen Platingruben fast gänzlich lahmgelegt, so daß dem Schosse des Uralgebirges nur noch verschwindend geringe Mengen des kostbaren Metalls entzogen werden. Dafür hat Kolumbien während der Kriege- und Nachkriegszeit das Platinmonopol an sich gerissen, denn der Wert des jährlich aus Kolumbien ausgeführten Platins übersteigt fünf Millionen Pesos und somit ungefähr nur das Zwache die Platinzufuhr aus Sowjetrußland. Der Hauptfundort dieses Metalls liegt dicht an der Küste des Stillen Ozeans bei Choco, wo die spanischen Eroberer es entdeckten, aber lange Zeit für wertlos hielten. Falschmünzer, die es übrigens zu der damaligen Zeit gab, mischten die Goldmünzen mit Platin, ohne zu wissen, daß sie damit nicht den Wert der Münzen senkten, sondern hoben.

Heute sind an der Gewinnung des Platins in Kolumbien hauptsächlich eine englische und eine nordamerikanische Gesellschaft beteiligt, die bei einer Ausfuhrabgabe von drei Prozent jährlich etwa 250 000 Pesos an den Staat Kolumbien abführen. Aber auch die Eingeborenen des Landes gewinnen auf eine äußerst einfache Art und Weise in den Flußbetten und an den Ufern dieses Edelmetall. Wenn es sich meist auch nur um winzige Mengen, ein oder mehrere Gramm, handelt, ist der Gewinn hierbei doch ganz erheblich, so daß die Platinfischer in Kolumbien immer häufiger werden und in ihrer Stärke fast mit denen der Goldgräber zu vergleichen sind. Nach den kolumbischen Gesetzen gehören die Edelmetallminen dem Staate, der sie aber Einheimischen oder Ausländern, die sie entdeckt haben, in Besitz und Eigentum überläßt, wenn diese sich verpflichten, eine jährliche, übrigens sehr geringe Abgabe an den Staat zu zahlen, und den Betrieb nicht einzustellen.

Der unmusikalische Gatte der Sängerin.

Der Gatte der weit über die Grenzen ihres Heimatlandes hinaus bekannten italienischen Sängerin Angelika Catalini, Hauptmann von Balabrègne, ist vollständig unmusikalisch. Alle Welt bewundert die Künstlerin, weil sie mit ihm auskommt, aber „La belle Angelika“ kummert sich wenig um das mangelhafte musikalische Verständnis des Mannes, weil sie ihn aufrichtig liebt. Folgende Schnurre ist sehr kennzeichnend für den unmusikalischen und nicht besonders geistreichen Hauptmann. Der „bol uffiziale“, wie Angelika Catalini ihren Mann nennt, wohnte einer Konzertprobe bei, die in Paris stattfand. Nach einer Probe fragte die Künstlerin über den Konzertflügel. „Er ist viel zu hoch“, sagte sie, „und wenn das nicht geändert wird, gibt das heute abend ein furchtbares Konzert“. — „Sorge dich nicht darum“, tröstete der Gatte die aufgeregte Sängerin. „Ueberlaß das mir. Ich werde schon dafür sorgen, daß bis zum Abend alles in Ordnung ist“. Am Abend begann das Konzert in dem bis auf den letzten Platz besetzten Saal, aber der Flügel war genau so hoch gestimmt wie bei der Probe. Mit äußerster Aufregung spielte Angelika Catalini, aber ohne Begeisterung und verzweifelt als sie einsah, daß sie ihrer zahlreichen Hörerschaft eine große Enttäuschung bereiten werde. In einer Pause fragte sie ihren Mann, den Hauptmann, wie das komme, daß der Flügel immer noch so hoch sei, er habe doch versprochen, die Sache in Ordnung zu bringen. „Aber ich verstehe dich nicht“, antwortete der Hauptmann, „erstau, wie du dich über die Höhe beklagen kannst. So bald die Probe vorbei war, habe ich nach einem Tischler geschickt, der ganz sechs Zoll von den Beinen abgefrägt hat.“

① Aus Liebeskummer zum Brandstifter geworden. Vor dem Großen Schöffengericht in Hanau hatte sich wegen Brandstiftung der 24jährige Anschläger Friedrich Wörner aus Nidderheim zu verantworten, der Liebeskummer hatte, und um Entschädigung zu finden, zum Brandstifter geworden war. Zwei Fälle von Brandstiftung standen unter Anklage, doch wurde W. nur in einem Fall als überführt erachtet und ihm unter Milderung mildernder Umstände ein Jahr Gefängnis zuerkannt. Neun Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet und für die Restzeit Bewährungsfrist zugesprochen. Der Sachverständige, Prof. Dr. Jahrmärker-Marburg, hatte eine Schwächung des Zentralnervensystems als vorliegend erachtet.

② Verurteilung eines Reichswehrsoldaten wegen Totschlags. Vom Schwurgericht in Hannover wurde der Grenadier Kaus, der einen Oberleutnant nach erregtem Wortwechsel erschossen hatte, zu drei Jahren Gefängnis, vier Jahren Ehrenrechtsverlust und Entfernung aus dem Heere verurteilt.

Zur Steuerung der Not in Hessen.

Vorschläge an die Reichsregierung.

Die immer noch in Hessen herrschende große Not, die zum Teil dadurch verstärkt wird, daß weite Teile des Landes unter der fremden Besatzung leiden, hat die Regierung in Darmstadt veranlaßt, sich mit einer Reihe von Vorschlägen an die Reichsregierung zu wenden. In Darmstadt hielt man den Augenblick für gegeben, da in den nächsten Tagen im Plenum des Reichstages der Haushalt für die besetzten Gebiete zur Beratung steht.

Um im besetzten Gebiet vermehrte Arbeit zu schaffen, fordert das hessische Kabinett von der Reichsregierung die Bewilligung von Reichsmitteln zum Bau zweier Rheinbrücken bei Mainz und Oppenheim und einer Mainbrücke bei Rüsselsheim-Flörsheim; ferner zur Verbesserung der Straßen in dem hessischen besetzten Gebiet, die durch den Automobilverkehr des Besatzungsheeres schwer mitgenommen sind, sowie zum Ausbau der Straßen Worms-Bensheim und Mainz-Darmstadt für die Bedürfnisse des Kraftpostlinienverkehrs, und schließlich zum Bau elektrischer Vorortbahnen für die schwer unter der Besatzung leidenden Städte Worms und Mainz.



Der italienische Flieger de Pinedo.

Der Ozeanflieger Pinedo ist in Villa Cisneros (Goldküste) eingetroffen. Er legte die 3190 Km. lange Strecke von Senit in 32 Stunden zurück. Nach Ergänzung der Vorräte legte er um 11 Uhr abends unter Ausnutzung der mond hellen Nacht den Flug in der Richtung auf das 1600 Km. von Villa Cisneros entfernte Wolama (Port Guinea), seinen letzten Aufenthalt in Afrika, fort. Nach Rom gelangte drasilose Meldungen des italienischen Dampfers „Taormina“ besagen, daß Pinedo um 12.15 Uhr mitternachts Kap Blanco und um 1.15 Kap Verde, 400 Km. vor Wolama, überflog.

Mißfarbene Zähne

entstellen das schönste Antlitz. Abler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt oft schon durch einmaliges Waschen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpasta. Die Zähne erhalten danach einen wundervollen Eisenbeiglanz, auch an den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenmitt. Honkende Speisereste in den Zahnnarven räumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit entfernt. Versuchen Sie es zunächst mit einer kleinen Tube zu 60 Pfg. Chlorodont-Zahnbürste für Kinder 70 Pfg., für Damen Mk. 1.25 (welche Borsten), für Herren Mk. 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. Überall zu haben.

Thüringer Wurst- und Fleischwarenhaus

Mudensstraße 5

J. Bilz.

Telefon 289

la Pflanzenfett
Palmerol Pfd. 63 Pfg.

» Achtung «

la Landbratwurst
Paar 60 Pfg.

Freitag, Samstag

Ausnahmefage!!

la Blutwurst	40 Pfg.
„ Leberwurst	40 „
„ Preßkopf	40 „

la Knackwurst	45 Pfg.
„ Cervelatwurst	50 „
„ Schlachtwurst	50 „
„ Schinken	60 „

Sämtliche Wurstwaren sind unter Garantie in Thüringen hergestellt. Keine Frankfurter Fabrikation.

Baden und die Pfalz.

Heidelberg. (Der Verfassungslampf der Heidelberger Studenten.) Der Hochschüler-Deutscher-Akt hat an den badischen Kultusminister ein Schreiben gerichtet, in dem er zunächst sein Befremden darüber ausdrückt, daß der Minister eine Auflösung des Heidelberger Akts abgelehnt habe. Der Hochschüler habe von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht und eine Gesamtentscheidung über die Frage der Verfassungsänderung verlangt. Der Akt hat bisher dem Fünftel der Heidelberger Studentenschaft nicht zu seinem Recht verhelfen können. Hierin erblickt der Hochschüler eine Störung und offensichtliche Sabotierung der Studentenverfassung, also gemäß § 33 der Heidelberger Verfassung eine Störung der akademischen Ordnung. Andererseits ist die sachliche Arbeit durch das Ausschneiden aus der deutschen Studentenschaft aufs schwerste gefährdet. Aus allen diesen Gründen ist eine sofortige Abstimmung nötig und der Minister wird daher gebeten, sich für eine Wahrung der Heidelberger Verfassung einzusetzen.

Weinheim. (Vorbereitung zum Sommertagszug.) Unter dem Vorsitz des Stadtrates Rintgraf fand eine Sitzung des Arbeitsausschusses für den alljährlichen „Sommertagszug“ statt. Gewerbetreibende Seilnacht entwickelten an Hand von Skizzen den Plan zu einem einheitlichen Aufbau des Zuges. Es soll eine Aufforderung an sämtliche in Betracht kommenden Vereine ergehen, sich an der Ausgestaltung des Zuges zu beteiligen.

Neustadt. (Neue Lohnbewegungen in der Pfalz.) Wie die „Pfälzische Post“ von hier berichtet, fand eine stark besuchte Delegiertenversammlung der Papierarbeiter der Pfalz statt, in der die Kündigung der bestehenden Lohn-tarife der pfälzischen Papierindustrie ab 1. März 1927 ausgesprochen wurde. In einer am Nachmittag abgehaltenen Konferenz der pfälzischen Zigarbeiter wurde ebenfalls beschlossen, das derzeitige Lohnabkommen für die Zigarindustrie der Pfalz gleichfalls zum 1. März 1927 zu kündigen. Versammlungen der beiden Industriegruppen genehmigten am gleichen Tage die von ihren Delegierten gefassten Beschlüsse.

Firmasens. (Verbotener Fadelzug.) Der für Samstag, den 12. Februar, geplante Fadelzug der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu Ehren der Gefallenen beim Sturm auf das Bergisamt am 12. Februar 1924 wurde durch die Rheinlandkommission verboten.

Landstuhl. (Blutiges Familiendrama in der Pfalz.) In Altsiedel durchschneit der Gemeindefeldwart Schöneberger seinem drei Monate alten Kinde die Pulsadern und töte dann seine Frau und sich selbst durch Revolvererschüsse in die Schläfe. Das Ehepaar war sofort tot. Das Kind wurde schwer verletzt. Schöneberger hat die Missetat im Einverständnis mit seiner Frau vollbracht. Das Motiv der Tat ist nicht bekannt. Die Leichen wurden in die Obduktion der Leiche. Ueber den Verbleib der Leiche ist noch nichts bekannt geworden. Man nimmt an, daß es sich um ein Verbrechen handelt.

Dahn (Pfalz). (Verbrechen oder Unfall?) In der Nähe von Petersbach wurde eine unbekannte Frauensperson mit tödlichen Gesichtsverletzungen in einer Wiese liegend aufgefunden. Das Amtsgericht Dahn sowie die Staatsanwaltschaft Zweibrücken nahmen eine Ortsbesichtigung und Leichenschau vor. Im Anschluß daran erfolgte die Sektion der Leiche. Ueber den Verbleib der Leiche ist noch nichts bekannt geworden. Man nimmt an, daß es sich um ein Verbrechen handelt.

Heidelberg. (Millionenleihe der Stadt Heidelberg.) Der Stadtrat von Heidelberg beschloß in seiner letzten Sitzung für außerordentliche Unternehmungen sowie gegebenenfalls zur Abtragung hochverzinslicher Schulden die Aufnahme einer langfristigen Anleihe bis zu sieben Millionen Mark.

Kirchheim. (Mord und Selbstmord.) Am Giesberg fand man einen Mann und ein etwa 18-jähriges Mädchen erschossen auf. Die Toten waren der in Freiburg wohnhafte, von seiner Frau getrennt lebende, 40 Jahre alte Wundhalter M. Moritz, dessen 18 Jahre alte Tochter. Der Täter hat seine Tochter und darauf sich selbst erschossen. Ueber die Motive zu der Tat ist nichts genaues bekannt, doch scheinen zerrüttete Familienverhältnisse der Grund zu der Tat gewesen zu sein.

Bad Dürkheim. (Ein Straßenräuber.) Als sich die Inhaberin eines Verkaufstandes bei der Saline abends nach Hause begeben wollte, sprang plötzlich ein Bursche hinter einer Ede hervor und streute ihr Pfeffer in die Augen. Er durchsuchte dann das mitgeführte Wägelchen der Ueberfallenen, ohne allerdings Waren oder Geld zu finden. Der Täter trug Windjacke und Mütze; er ist unerkannt entkommen.

Mainz. (Freigabe einer Mainzer Schule durch die Besatzung.) Die französischen Besatzungsbehörden haben das Reichsgymnasium endlich freigegeben. Zur Herstellung des Schulbetriebes sind 438 000 Mark erforderlich, von denen 100 000 Mark vom Reich als Entschädigung für beschlagnahmte gezeichnete Schulbücher bezahlt werden. Die Stadtverordneten beschloßen, die Frauenschule in das Reichsgymnasium zu verlegen.

Mainz. (Zusammenstoß zwischen Auto und Fuhrwerk.) Vormittags fuhr auf der Landstraße Wiesbaden-Mainz ein von Wiesbaden kommendes Mainzer Auto, offenbar durch den Nebel in der Sicht behindert, mit voller Wucht gegen ein Fuhrwerk auf. Während der Fuhrmann mit leichten Verletzungen davonkam, geriet sein Begleitmann zwischen Reichel und das aufzufahrende Auto und trug schwere Verletzungen davon. Der Fuhrmann konnte in seine Wohnung verbracht werden, während der schwerverletzte Begleitmann ins Städtische Krankenhaus übergeführt wurde. Die Autokennzeichen kamen mit dem Schrecken davon. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt.

Ober-Jungelsheim. (Gasfernerversorgung durch Mainz.) Die seit langem schwebende Frage der Versorgung hiesiger Gemeinde mit Gas ist nun endlich gelöst. Der Gemeinderat hat die Verhandlungen mit der Nachbargemeinde Nieder-Jungelsheim, die ein Gaswerk besitzt, abgebrochen und einstimmig beschlossen, das Angebot der Stadt Mainz anzunehmen. Mainz verspricht, ein Gasfernerversorgungsnetz zu bauen, das von Jungelsheim bis nach Kreuznach gehen soll. Mainz liefert z. B. bereits die Industriestadt Rüsselsheim mit Gas.

Die Verurteilung im Faulhaber-Huppert-Prozess verurteilt. Der Strafsenat des Obergerichtes in Hamburg hat die Verurteilung des Schriftstellers Huppert in Hamburg gegen das Erkenntnisurteil der Hamburger Strafkammer vom 10. November 1926, durch das er wegen Verleumdung des Münchener Kardinals Faulhaber zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, verworfen.

Aus Westdeutschland.

Düsseldorf. (18 000 Franken ins Feuer geworfen.) In krankhaftem Zustand warf die Frau eines hiesigen Bergmanns das für den Bau ihres Wohnhauses bestimmte Geld, 18 000 Franken (3000 Reichsmark) ins Feuer.

Koblenz. (Schiedsgericht für gewerbliche Räume.) Der Bund der Gewerbetreibenden, der Haus- und Grundbesitzervereine, der Innungsausschuß des Handwerks, die Vereinigten Wirtschaftsverbände von Handel und Industrie haben zum Zweck einer gerechten und reibungslosen Durchführung der Verordnung über die Befreiung der gewerblichen Räume von der Wohnungszwangswirtschaft eine Ausgleichskasse und ein Schiedsgericht geschaffen.

Köln. (Der neue Präsident des Landesfinanzamts Köln.) Am 1. März d. J. scheidet der jetzige Präsident des Kölner Landesfinanzamts, Dr. Porpher, infolge Ueberschreitung der Altersgrenze aus dem Amt. Als sein Nachfolger wird Ministerialdirektor Dr. rer. pol. Alexander v. Brandt die Leitung der Kölner obersten Finanzbehörde übernehmen.

Düsseldorf. (Verhaftung zweier Betrüger.) Zur Verhaftung des Esser und Uble wird noch gemeldet, daß gegen den Kaufmann Uble Haftbefehl erlassen worden ist. Uble wird beschuldigt, im Jahre 1924 in Verbindung mit einem inzwischen schon abgerichteten Kaufmann Esser, mehrere Geschäftsfirmen in Rheinland und Westfalen um Beträge von insgesamt 142 000 Mark geschädigt zu haben. Die Betrüger gingen in der Weise vor, daß Esser sich auf Sprit, den er zu liefern versprach, von den Firmen die Beträge hierfür geben ließ und diese dem Uble zur Aufbewahrung übergab. Er schwindelte dann den geschädigten Firmen vor, ein Holländer habe das Geld in Empfang genommen, um den Sprit zu liefern. Dieser sei jedoch mit dem Gelde verschwunden.

Düsseldorf. (Die Strafanträge im Regieschieberprozeß.) Im Regieschieberprozeß beantragte der Staatsanwalt nach mehr als vierhundert Klädern gegen den Hauptangeklagten Koch drei Jahre einen Monat Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, gegen drei seiner Hauptbeteiligte Gefängnisstrafen von mehr als einem Jahr, gegen die Hauptbeteiligte, die M. Gladbacher Kaufleute Müppers und Essermann, Gefängnisstrafen von 15 bis 12 Monaten wegen gewerbsmäßiger Fälschung, gegen den Regieschieber Andreas Weismüller aus Köln ein Jahr drei Monate Gefängnis. 13 der 36 Angeklagten beantragte er freizusprechen, die übrigen zu Gefängnisstrafen bis zu acht Monaten zu verurteilen. Im Verlaufe seines Klädners mußte der Staatsanwalt auch auf die erwiesene Beteiligung der französischen Offiziere eingehen, soweit sie mit den Straftaten der Deutschen in Verbindung standen. Die Klädners der Verteidigung werden den Rest der Woche ausfüllen. Das Urteil dürfte erst Mitte der kommenden Woche verkündet werden.

Düsseldorf. (Kindesaussetzung.) An einem Schweigertshaus fand man abends an der Türschwelle ein in blaues Papier eingewickeltes, etwa 12 Tage altes lebendes Mädchen. Wie die Schweigertshaus angeben, haben sie kurz vorher eine Frauensperson im Eingang des Schweigertshauses wahrgenommen, die in ein blaues Packpapier eingewickeltes Paket trug. Da man diesem Umstand keine größere Bedeutung beigemessen hat, kann z. B. keine genauere Personalbeschreibung jener Person gegeben werden.

Krefeld. (Ein früherer Separatistenführer zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.) Das Schwurgericht verurteilte den früheren Separatistenführer und Ortskommandanten von Krefeld, Heinrich Krahe, wegen Meinesdes zu zwei Jahren Zuchthaus, Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre, dauernde Abkennung als Sachverständiger und Zeuge unter Eid vernommen zu werden und ferner zur Tragung der Kosten des Verfahrens. Krahe, früher Polizeisekretär bei der Stadt Krefeld, war in der Separatistenzeit einer der Führer der Bewegung. In einem Prozeß gegen einen Separatisten, der wegen versuchten Totschlages angeklagt war, sagte Krahe unter Eid aus, er sei nur innerpolitisch tätig gewesen und habe mit den Banden nichts zu tun gehabt. Wegen dieser Äußerung wurde er wegen Meinesdes angeklagt.

Mörs. (Neue Jugendherbergen.) Um für die vielen Wanderer, die an den Sonntagen nach Mörs kommen, Gelegenheiten zum Nachquartier zu schaffen, hat die Stadt, sowohl der Finanzamtsausschuß wie die Baukommission, beschlossen, zwei Jugendherbergen in Mörs zu errichten, da die früheren Jugendherberge durch ein Brandunglück zerstört worden ist. Sie liegen in der Matthesriedlung in der Nähe von Schwafheim. Beide Gebäude enthalten je einen größeren Schlaf- und Tagesraum, sowie eine Küche für die Wandernden und Baderäume, auch je eine Wohnung für einen Aufsichtführenden.

Kempen. (Der verhängnisvolle Hampelmann.) Auf einem Maskenfest hatte sich ein junger Mann mit einem um die Brust geschlungenen Seil an einem Saalpfosten als Hampelmann aufgehängt. Er wurde, ohne daß man es bemerkte, ohnmächtig. Zum Glück entfiel ihm ein Deckel, den er in der Hand gehalten hatte. Der Hampelmann, dessen Gesicht bereits ganz blau angelaufen war, wurde aus seiner gefährlichen Lage befreit und kam bald wieder zu Bewußtsein.

Trier. (Mord oder Selbstmord?) In Trierburg-Wonnegau wurde eine unbekannte männliche Leiche gefunden, die eine Schußverletzung am Kopf aufwies. Neben der Leiche lag eine Pistole, während noch 18 Patronen bei dem Toten vorgefunden wurden. Die Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei haben bisher keinerlei Ergebnis gehabt. Wahrscheinlich handelt es sich um einen abgetanen Eisenbahner aus dem engeren Trierer Bezirk, der auf der „Hütte Terres Rouges“ in Esch a. d. Moselle Arbeit fand und sich selbst in einem Anfall von Schwermut das Leben genommen hat.

Baumholder. (Es wird wieder gepart.) Die Kreisparlasse verzeichnete im abgelassenen Monat gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahre an Sparanlagen nahezu das Fünffache.

Münster a. St. (Hohe Weinbergpreise.) Bei Weinbergveräußerungen wurden für das Kloster Weinbergsland im nahen Neubamberg 15–20 Mark erzielt, das ist das Fünffache gegen früher. Auch Ackerland wird zur Zeit hoch bewertet.

Köln. (Verurteilung wegen Bestechung.) Das Erweiterte Schöffengericht verurteilte den Oberstadtssekretär Haas wegen passiver Bestechung zu sechs Monaten Gefängnis, den städtischen Bauführer Schulze wegen des gleichen Deliktes zu zwei Monaten und den Tiefbauunternehmer Harde wegen aktiver Bestechung zu drei Monaten Gefängnis.

Köln. (Der Flugverkehr 1927.) Die Stadt Köln hat sich für den Ausbau des Luftverkehrs bzw. die Einbeziehung der Stadt Köln in den Luftverkehrsplan besonders eingesetzt. Köln, das im Jahre 1926 täglich 26 Abflüge und Landungen hatte, wird im Flugplan 1927 mit über 40 Abflügen und Landungen stehen und damit die höchste Zahl aller deutschen Flughäfen erreichen. Berlin erreicht täglich 34 Abflüge und Landungen. Damit hat Köln im Luftverkehr eine Stellung gleich derjenigen im Eisenbahnverkehr. Bekanntlich hat es im Eis- und Dampfschiffverkehr täglich 13 Züge mehr als Berlin. Ueber die Fluglinien im besetzten Gebiet, Aachen, Trier, Koblenz, wird mit der Internationalen Kommission verhandelt. Die nächsten Monate werden zeigen, ob der Bedarf für einen so regen Flugverkehr vorhanden ist.

Köln. (Einheitliche Betriebsratswahlen.) Die Spitzenorganisationen der christlichen und der freien Gewerkschaften im Bezirk Rheinland und Westfalen sind, der „Voss. Ztg.“ zufolge, übereingekommen, die Betriebsratswahlen einheitlich in allen Betrieben an denselben Tagen vorzunehmen. Als Termin für die Wahlen ist die Zeit vom 28. bis 31. März 1927 besprochen worden.

Schweizer. (Verkehrsunglück an der Schranke.) Am Bahnübergang an Langwahn fuhr ein Kraftwagen gegen die geschlossene Schranke. Diese gab nach und wurde nach innen gebogen. Im gleichen Augenblick fuhr ein Personenzug vorbei, dessen Lokomotive das Auto am Rührer sah und es mit solcher Gewalt zurückschleuderte, daß es sich um sich selbst drehte. Dabei wurde ein 16-jähriger Junge hinausgeschleudert, so daß er mit dem Kopf auf den Bordstein schlug und tot war. Ein zweiter Mitfahrer erlitt ebenfalls schwere Verletzungen, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Führer des Wagens hatte sich an Steuer festgeklammert, das als einziges Stück vom Vorderbau stehen geblieben war und kam mit leichten Verletzungen davon. Auch die Lokomotive konnte die Fahrt nicht fortsetzen.

Witten. (Im Fieber verunglückt.) Eine an der Grippe erkrankte Frau stürzte im Fieberwahn aus dem Fenster des vierten Stockwerkes auf das Pflaster. Mit zer splittertem Schädel und gebrochenen Knochen fanden Hausbewohner die Bedauernswerte tot auf dem Hofe.

Nachen. (Unfall in einem Bergwerk.) Auf der Zeche „Nordstern“ bei Dergowenath geriet am Ende der Frühfahrt zwei Arbeiter in giftige Gase. Die über zwei Stunden lang gemachten Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Drei Helfer wurden mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert. Sie sind jedoch außer Gefahr.

Köln. (Produktenmarkt.) Es wurden gezahlt für 100 kg: Weizen 28.20–28.40, ausl. 30.50–32.50, inl. Roggen 25.75–26.00, ausl. 27.75–28.50, hiesiger Hafer 20–20.75, ausl. 22–22.75, ausl. Futtergerste 22.25–22.50, inl. Wintergerste 22.50–23.00, inl. Sommergerste 24–26, grober Mais 18.50–18.75, kleiner Mais 20–20.25, inl. 70prozent. Roggenmehl 36–36.50, ausl. 70prozent. Roggenmehl 37–38, inl. 70prozent. Weizenmehl 38.25–38.75, ausl. 70prozent. Weizenmehl 38.50–39.50, Weizenkleie m. S. 14–15, inl. Weizenkleie 6.50–7, inl. Kleien 11–13, ger. Roggenstroh 3.40–3.90, ger. Weizenstroh 3.40–3.90, ger. Haferstroh 2.50 bis 2.80, Rohmehl 7.25–7.75.

Handelsteil.

Berlin, 17. Februar.

Devisenmarkt. Der Markt war sehr still. Zu verzeichnen ist nur, daß Spanien etwas schwächer lag.

Effektenmarkt. Die Börse eröffnete in schwacher Haltung. Später konnte sich eine Erholung durchsetzen, so daß ein großer Teil der Verluste wieder eingeholt werden konnte.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg: Weizen m. S. 26.2–26.8, Roggen m. S. 24.9–25.2, Braugerste m. S. 21.1 bis 24.3, Wintergerste 19.4–20.7, Hafer m. S. 19–20, Mais 18.7–18.9, Weizenmehl 35–37.5, Roggenmehl 34.4–36.7, Weizenkleie 13.5–15.75, Roggenkleie 15–15.5.

Frankfurt a. M., 17. Februar.

Devisenmarkt. Am internationalen Markt warnte man London-Paris 123.72, Mailand 112.4, New York 4.26.10. Pfund gegen Mark 20.47.

Effektenmarkt. Der Börsenverlauf wurde freundlicher und von Ziemenswerten ausgehend, zum Schluß sehr, wobei die Anhangsverluste wieder eingeholt wurden. Der Anleihemarkt brachte einen weiteren Rückgang von deutscher Rentenleihe 31%, Schutzgebiete 14.55. Der Geldmarkt zieht weiter an, Tagesgeld 5 Prozent, Monatsgeld 5½–6–6¼ Prozent.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg: Weizen 29.5–29.75, Roggen 27, Sommergerste für Brauzwecke 25.75 bis 26.25, Hafer 21.75–22.5, Mais 18.75–19.75, Weizenmehl 40.2 bis 40.75, Roggenmehl 38–38.5, Weizenkleie 13.75, Roggenkleie 14–14.25.

Frankfurter Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 116, Kälber 563, Schafe 504, Schweine 599. Bezahlt wurde für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichsmark: Kälber: a) beste Mast- und Zangkälber 70–75, b) mittlere Mast- und Zangkälber 60–65, c) geringe Kälber 52–59; Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm, 1. Weidemast 50–54, 2. Stallmast 45–49, b) mittl. Mastlamm, ältere Mastlamm und gut genährte Schafe 38 bis 44, c) fleischige Schafvieh 33–37; Schweine: a) Festschwein über 150 kg. 66–68, b) vollfl. von 120–150 kg. 66–68, c) vollfl. von 100–120 kg. 66–68, d) vollfl. von 80–100 kg. 66–68, e) fleischige von 75–80 kg. 64–67, g) Sauen 58–63.

Frankfurter Schlachtviehmarkt. Auftrieb: 25 Schafe, 88 Kälber, 112 Schweine und 915 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden für Schafe 32–45, Kälber 72–74, 65–70, 58–64, Schweine 70–71, 71–72, 72–73, 70–71, 69–70, 68–69 Mark für je 50 kg. Lebendgewicht, für Ferkel bis vier Wochen 15–24 über vier Wochen 25–32, Läufer 33–35 Mark per Stück.

Schachprozentige Anleihe der Stadt Pforzheim.

Die schachprozentige Anleihe der Stadt Pforzheim wird am 18. Februar zu 96½ Prozent freihändig verkauft. Die Tilgung findet ab 1. November 1928 mit 1½ Prozent und eventuell am 1. November 1932 verläuft statt.